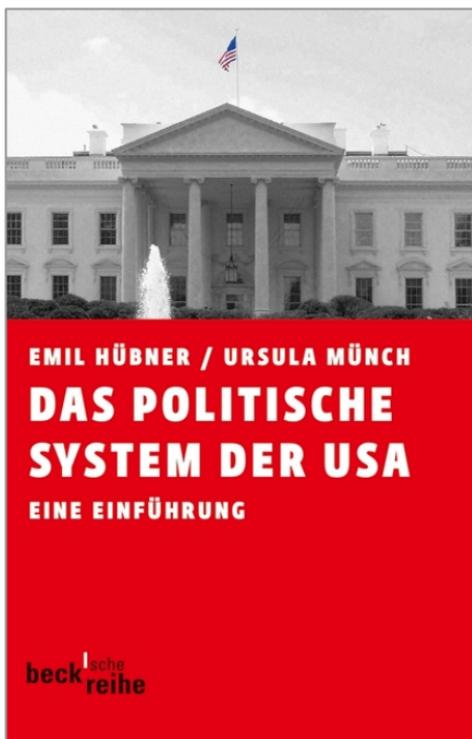


**Unverkäufliche Leseprobe**



**Emil Hübner/Ursula Münch**  
**Das politische System der USA**  
Eine Einführung

207 Seiten, mit 1 Karte und 7 Tabellen.  
Paperback  
ISBN: 978-3-406-64428-3

Weitere Informationen finden Sie hier:  
<http://www.chbeck.de/11627955>

# I. Von der Unabhängigkeitserklärung bis zur Verabschiedung der Verfassung

## *1. Die Vorgeschichte*

Die Entstehung der „first new nation“ (Seymour M. Lipset) war alles andere als selbstverständlich und unumgänglich. Die dreizehn Kolonien, die sich schließlich von ihrem Mutterland Großbritannien lossagten, hatten seit ihren Gründungen im 17. Jahrhundert (Ausnahme war das erst 1732 entstandene Georgia) in nicht allzu spannungsreichen Beziehungen zu Großbritannien gelebt, bis mit dem Ende des Siebenjährigen Krieges Frankreich im Frieden von Paris im Jahre 1763 den Großteil seiner nordamerikanischen Kolonien an Großbritannien, das nun über die Gebiete östlich des Mississippi und über Kanada verfügte, und an Spanien verlor. Als Großbritannien dann in der Folgezeit versuchte, einen Teil der Kriegskosten auf seine amerikanischen Kolonien abzuwälzen, und ihnen gegenüber härter auftrat, eskalierten die Spannungen, aber es dauerte noch mehr als ein Jahrzehnt, bis 1775 der amerikanische Unabhängigkeitskrieg ausbrach und 1776 die „Declaration of Independence“ verabschiedet wurde.

Die dreizehn „Ur“-Kolonien – Connecticut, Delaware, Georgia, Maryland, Massachusetts, New Hampshire, New Jersey, New York, North Carolina, Pennsylvania, Rhode Island, South Carolina und Virginia – bildeten nicht etwa eine zum Kampf gegen das Mutterland entschlossene Einheit; es bedurfte vielmehr einer größeren Anzahl von Pressionen durch die Engländer, um die Einigungsbestrebungen auf Seiten der amerikanischen Kolonien voranzutreiben, ihre divergierenden Interessen zusammenzubringen und einen unabhängigen Bundesstaat entstehen zu lassen.

Ein gewichtiges Moment, das einer einheitlichen Front der Kolonien gegen Großbritannien entgegenstand, war ihr unterschiedlicher rechtlicher Status. Als wichtigste Typen können gelten:<sup>1</sup> 1) Die „royal colony“: Sie unterstand direkt der britischen Krone und wurde von einem mit weitgehenden Ernennungsrechten ausgestatteten, von der Krone eingesetzten Gouverneur regiert. Sie war der vorherrschende Typ. 2) Die „proprietor colony“: Hier wurde der Gouverneur, der ähnliche Rechte hatte wie derjenige der „royal colony“, vom jeweiligen Eigentümer benannt (Maryland, Delaware, Pennsylvania). 3) Die „charter colony“: Sie besaß die weitestgehende Autonomie und konnte ihren Gouverneur selbst wählen (Connecticut, Rhode Island).

Auch unterschiedliche religiöse Schwerpunkte der Kolonien – in den nördlichen und mittleren Kolonien siedelten vornehmlich Anhänger von minoritären, in Europa verfolgten Religionsgemeinschaften, während die Anhänger der anglikanischen Staatskirche eher in den Südkolonien zu finden waren – brachten Probleme für die Einigung, zumal die unterschiedlichen religiösen Bekenntnisse nicht ohne Rückwirkungen auf das wirtschaftliche Verhalten ihrer Mitglieder blieben.

Mögen auch die Auswirkungen der unterschiedlichen ethnischen Herkunft der Bewohner der amerikanischen Kolonien – vor der Revolution waren ca. 60–80% der weißen Siedler englischer Herkunft, die irischen, schottischen, deutschen, niederländischen oder französischen Siedler bildeten Minderheiten<sup>2</sup> – nicht von übermäßiger Bedeutung gewesen sein, so darf doch die entscheidende Ausnahme hier nicht übersehen werden: Die Schwarzen stellten damals mit über 20% der Gesamtbevölkerung die größte nichtenglische Bevölkerungsgruppe<sup>3</sup> dar. Sie bildeten eine gewichtige Belastungsprobe in den Verfassungsverhandlungen, die nur durch einen faulen Kompromiss überwunden werden konnte, und sie sind denn auch bis heute – nachdem die Auseinandersetzungen um ihren Sklavenstatus im Bürgerkrieg (1861–1865) beinahe zum Auseinanderbrechen der amerikanischen Nation geführt hatten – der entscheidende

Prüfstein für die Integrationsfähigkeit der amerikanischen Gesellschaft (ausführlicher II, 3).

Darüber hinaus zeigten auch die Wirtschafts- und Sozialstrukturen der Kolonien deutliche Unterschiede. Der Süden setzte relativ einseitig auf Land- und Plantagenwirtschaft, und die Einkommensunterschiede zwischen den Großfarmern und den Pächtern bzw. den ärmeren Bevölkerungsschichten waren hier am größten. In den mittleren und nördlichen Kolonien gab es einerseits deutlich weniger Pächter und mehr Grundbesitzer, und andererseits war die Fixierung des Südens auf die Landwirtschaft hier aufgelockert durch deutlich mehr Handel, Gewerbe und Fischfang. Hinsichtlich der Einkommensverteilung nahm die relative Homogenität von Süden nach Norden zu.

Die Kolonien waren vor der Revolution vergleichsweise reiche Länder, und man kann durchaus – berücksichtigt man das Sklavenproblem und dessen Rückwirkungen auf das Selbstwertgefühl der unteren Schichten der weißen Siedler – von einer „relative(n) Klassenharmonie auf rassistischer Grundlage“<sup>4</sup> sprechen, wobei allerdings diese Harmonie nicht überschätzt werden darf: Verschiedene Aufstände von verschuldeten Pächtern und Landeignern gegen das „Establishment“ und gegen die Geldgeber machen ihre Relativität deutlich.

Eine einheitliche Haltung der Kolonisten gegenüber ihrem Mutterland ist jedenfalls vor dem Unabhängigkeitskrieg nicht zu erkennen. Und auch die letztlich geringen finanziellen und wirtschaftlichen Auswirkungen der verschiedenen Maßnahmen, die die Engländer nach dem Siebenjährigen Krieg zur teilweisen Abwälzung ihrer Kriegsschulden auf die Kolonien ergriffen – z. B. der „Stamp Act“ von 1765 oder der „Townshend Act“ von 1767 –, reichten nicht aus, um die wachsenden Spannungen zwischen den Kolonien und dem Mutterland zu erklären.

Im Wesentlichen unterschätzten die Engländer bei ihren Disziplinierungsversuchen gegenüber den nun vom französischen Druck befreiten amerikanischen Kolonien deren Verwurzelung in der Selbstverwaltung, deren relative „Demokratisierung“ und deren gewachsenes Selbstbewusstsein.

Die wirtschaftlichen Maßnahmen Großbritanniens sind für die spätere Loslösung der Kolonien von ihrem Mutterland keinesfalls bedeutungslos. Letztlich ausschlaggebend für diesen Schritt dürfte aber die Tatsache gewesen sein, dass den Amerikanern die Mitsprache an den entsprechenden Entscheidungen der Engländer verwehrt wurde. Damit konnte die berühmte Devise „No taxation without representation“ zum Schlachtruf der amerikanischen Unabhängigkeitsbewegung werden.

## *2. Der Unabhängigkeitskrieg*

Die Beziehungen zwischen den Kolonien und dem Mutterland erhielten ihren entscheidenden, wenn auch nicht irreparablen Knacks durch die Ereignisse, die der berühmten Boston Tea Party im Jahre 1773 folgten. Die Amerikaner empfanden den sog. „Tea Act“ aus demselben Jahr, mit dem die Briten die East India Company vor allem auf Kosten ihrer amerikanischen Kolonien sanieren wollten, als erneute Demütigung durch das Mutterland und boykottierten deshalb dieses Gesetz. In Boston eskalierten die Spannungen, als Gegner des Gesetzes, die sich als Indianer verkleidet hatten, eine Schiffsladung Tee in den Hafen warfen. Die Zwangsmaßnahmen, die die Engländer gegen Boston verhängten, führten zu einer Solidarisierung der Kolonisten und ebneten schließlich den Weg zum Unabhängigkeitskrieg und zur Unabhängigkeitserklärung, die auf dem zweiten Kontinentalkongress im Jahre 1776 von allen dreizehn Kolonien gebilligt wurde. Feierlich hielt die immer wieder zitierte, auf Lockeschen Ideen aufbauende und von Thomas Jefferson konzipierte Erklärung vom 4.7.1776 fest: „Folgende Wahrheiten erachten wir als selbstverständlich: dass alle Menschen gleich geschaffen sind; dass sie von ihrem Schöpfer mit gewissen unveräußerlichen Rechten ausgestattet sind; dass dazu Leben, Freiheit und das Streben nach Glück gehören; dass zur Sicherung dieser Rechte Regierungen unter den Menschen eingesetzt werden, die ihre rechtmäßige Macht aus der

Zustimmung der Regierten herleiten; dass, wann immer irgendeine Regierungsform sich als diesen Zielen abträglich erweist, es Recht des Volkes ist, sie zu ändern oder abzuschaffen und eine neue Regierung einzusetzen und diese auf solchen Grundsätzen aufzubauen und ihre Gewalten in der Form zu organisieren, wie es ihm zur Gewährleistung seiner Sicherheit und seines Glückes geboten zu sein scheint“.<sup>5</sup> Anschließend zählt die Erklärung ein langes „Sündenregister“ der britischen Krone auf, in dem auch die wirtschaftlichen Maßnahmen Erwähnung finden; und sie vollzieht, nachdem sie den britischen Monarchen mit einem Tyrannen verglichen hat, der zur Herrschaft über ein freies Volk ungeeignet ist, den Bruch: „Daher tun wir, die in einem gemeinsamen Kongress versammelten Vertreter der Vereinigten Staaten von Amerika, unter Anrufung des Obersten Richters über diese Welt als Zeugen für die Rechtschaffenheit unserer Absichten namens und im Auftrag der anständigen Bevölkerung dieser Kolonien feierlich kund ..., dass diese Vereinigten Kolonien freie und unabhängige Staaten sind, ... dass sie von jeglicher Treuepflicht gegen die britische Krone entbunden sind und dass jegliche politische Verbindung zwischen ihnen und dem Staate Großbritannien vollständig gelöst ist und bleiben soll ...“.<sup>6</sup>

Bei der Verabschiedung der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung waren – wie erwähnt – die militärischen Auseinandersetzungen mit dem Mutterland bereits im Gange. Nach anfänglichen Niederlagen konnten die Amerikaner, die unter der Führung von George Washington nicht nur gegen das übermächtige Großbritannien zu kämpfen, sondern auch mit den englandfreundlichen Loyalisten im eigenen Land und mit der mangelnden Moral ihrer Truppen erhebliche Probleme hatten, im Jahre 1777 u. a. in der Schlacht bei Saratoga wichtige Erfolge verbuchen. Trotz wachsender Unterstützung der Amerikaner vor allem durch die Franzosen schleppte sich der Krieg bis ins Jahr 1781: In diesem Jahr konnten die Amerikaner unter Mithilfe der französischen Flotte die britischen Truppen in Yorktown einschließen und zur Kapitulation zwingen. Im Frieden von Versailles erkannte schließlich Großbritannien im Jahre 1783

die Unabhängigkeit seiner amerikanischen Kolonien an, wobei deren Siedlungsgebiet bis zum Mississippi erweitert wurde.

Nach dem Wegfall der Solidarisierungsfunktion des Unabhängigkeitskrieges beherrschten verstärkt innenpolitische Auseinandersetzungen – insbesondere um das Sklavenproblem – die Szene. Die 1777 verabschiedeten und 1781 ratifizierten „Articles of Confederation“ stellten zwar die erste geschriebene Verfassung der USA und den ersten Schritt auf dem Weg zum kommenden Bundesstaat dar, aber die Einzelstaaten behielten ihre Souveränität. Die Rechte, die von den Einzelstaaten auf die nationale Ebene verlagert wurden, erwiesen sich als zu schwach, um das Überleben der Staatengemeinschaft sicherzustellen.

Dass eine Stärkung der nationalen Ebene erfolgen musste, war weitestgehend, wenn auch nicht allgemein akzeptiert; doch wie weit diese Stärkung gehen sollte und musste, und wie das künftige Regierungssystem aussehen sollte, darüber ließ sich Einigkeit nur schwer herstellen. Dass die Ablösung der „Articles of Confederation“ durch eine neue Verfassung in Gang kam, ist auch auf die sog. „Shays’ Rebellion“ zurückzuführen: 1786/87 revoltierten verschuldete Farmer in Massachusetts gegen zu hohe Steuern und gegen das Übergehen ihrer Probleme durch die Entscheidungsträger. Obwohl dieser Aufstand schließlich niedergeschlagen wurde, weckte er doch Ängste bei den wohlhabenden Bevölkerungskreisen und trug zu einer Entwicklung bei, die ursprünglich zu einer Revision der „Articles of Confederation“ führen sollte, letztlich aber in der Erarbeitung einer völlig neuen Verfassung der USA mit einer deutlichen Stärkung der nationalstaatlichen Ebene enden sollte.

### *3. Die „Philadelphia Convention“ und die Verabschiedung der Verfassung*

Die Philadelphia Convention, die die neue Verfassung 1787 erarbeitete und schließlich verabschiedete, ist ein herausragendes Beispiel dafür, dass Verfassungen, die ihren Namen verdienen,

nicht am Reißbrett irgendwelcher Staatsphilosophen konzipiert werden, aber auch nicht als reine Interessenkompromisse verstanden werden können. Die Delegierten der Philadelphia Convention hatten zwar ihren Locke, ihren Montesquieu oder andere politische Denker gelesen, sie kannten aber auch die Interessen ihrer Heimatstaaten und derjenigen gesellschaftlichen Gruppierungen, die sie nach Philadelphia entsandt hatten – und diese konkreten Interessen haben die Ideen der politischen Philosophen nicht nur in einzelnen Punkten verändert, weiterentwickelt oder ausgeblendet. Montesquieu z.B. war das „Orakel, das zu diesem Thema (scil. der Gewaltenteilung) immer wieder befragt und zitiert wird“ – wie es James Madison formulierte.<sup>7</sup> Seine institutionellen Vorstellungen basierten jedoch auf einer Ständegesellschaft, so dass die amerikanischen Verfassungsväter ihnen zwar Denkanstöße ent-, sie aber nicht unverändert übernehmen konnten.

Probleme der Machtbegrenzung, die auch die seit längerem andauernden Auseinandersetzungen um Repräsentation, Föderalismus, Gewaltenteilung, Gleichheit, Freiheit und Eigentum umfassten, waren die zentralen Diskussionspunkte der Verfassungsväter in der Philadelphia Convention: Insbesondere ging es um Machtbegrenzung der nationalen Institutionen untereinander, des Zentralstaates gegenüber den Einzelstaaten und den Individuen, aber auch um Machtbegrenzung kurzfristiger Wählermehrheiten. Einig war man sich in der Notwendigkeit der Etablierung einer Republik.

Der erste Diskussionsentwurf für die spätere Verfassung wurde von Edmund Randolph vorgelegt. Dieser Entwurf – meist als Virginia-Plan bezeichnet – sah eine deutliche Stärkung der Kompetenzen des Bundes vor: U. a. sollte die Bundesebene ein Vetorecht gegen einzelstaatliche Gesetze sowie die Möglichkeit erhalten, außerhalb der Verfassung agierende Einzelstaaten mit Waffengewalt zur Raison zu bringen. Die Legislative sollte aus zwei Kammern bestehen, von denen eine direkt durch das Volk, die andere durch die Legislativen der Einzelstaaten beschickt werden sollte, wobei den Einzelstaaten jeweils die ihrem Bevölkerungsanteil entsprechende Abgeord-

netenzahl zukommen sollte. Die Legislative hatte in diesem Plan u. a. die Aufgabe, die Exekutive zu wählen.

Die kleineren Staaten lehnten diesen Plan jedoch verständlicherweise ab und stellten ihm den sog. New-Jersey-Plan, der auch als Paterson-Plan bezeichnet wird, entgegen. Dieser Plan sah u. a. ein Einkammersystem vor, in dem nach Staaten abgestimmt werden sollte, und er räumte der nationalen Ebene deutlich weniger Kompetenzen ein.

Die Brücke zwischen beiden Plänen bildete schließlich der „Great Compromise“ – auch „Connecticut Compromise“ genannt –, der vor allem in der Beschickung der Legislative beiden Seiten entgegenkam. Was die Konstruktion des Regierungssystems im engeren Sinne betrifft – sie wird in Kapitel VIII näher zu beschreiben sein –, so wird man neben dem Konflikt zwischen den größeren und kleineren Staaten auch die Rückwirkung der damaligen Verfassungskonstruktionen der Einzelstaaten als gewichtigen Einflussfaktor zu berücksichtigen haben: „Das präsidentielle Regierungssystem entwickelte sich in Amerika nicht, wie es eine Spruchweisheit will, weil die Amerikaner einen Ersatzkönig brauchten. Den hätten sie sich durch eine exaktere Kopie des britischen Systems mit einem Premierminister, einem verantwortlichen Kabinett und einem auf Lebenszeit gewählten Staatspräsidenten schaffen können. Das präsidentielle System auf Bundesebene ergab sich vielmehr aus der Tatsache, dass die Autoren der Einzelstaatsverfassungen von der aus der Kolonialzeit gewohnten Kombination von Gouverneur – Assembly – Gerichte und der damit verbundenen rigorosen Gewaltenteilung und gegenseitigen Gewaltenteilung sich Stabilität und Effizienz versprachen, und daraus, dass die Architekten der Bundesverfassung 1787/88 an dem vertrauten Modell festhielten“.<sup>8</sup>

Könnte man – ähnlich wie von der oben zitierten „Declaration of Independence“ – von der Präambel der Verfassung („Wir, das Volk der Vereinigten Staaten, von der Absicht geleitet, ... die Gerechtigkeit zu verwirklichen, das allgemeine Wohl zu fördern und das Glück der Freiheit uns selbst und unseren Nachkommen zu bewahren, setzen und begründen

diese Verfassung für die Vereinigten Staaten von Amerika“<sup>9)</sup> noch zu einer reichlich idealistischen Sicht der neuen Verfassungskonstruktion verleitet werden, so wird man relativ bald eines Besseren belehrt. Bereits in Art. I Sect. 2 stößt man auf die nur im ersten Augenblick merkwürdige Formulierung, dass für die Festlegung der Abgeordneten und die Umlegung der direkten Steuern auf die einzelnen Staaten „zur Gesamtzahl der freien Personen ... ausschließlich der nicht besteuerten Indianer, drei Fünftel der Gesamtzahl aller übrigen Personen hinzugezählt werden“. Die Schwarzen, denen das Wahlrecht nicht zuerkannt war, gingen so in die Verteilungsrechnung ein; sie wurden also nicht nur von ihren Eigentümern, sondern auch von den Verfassungsvätern zur „Handels“- und „Kompromisware“ herabgewürdigt.

Charles Beard hat in seiner berühmten, erstmals im Jahre 1913 erschienenen Schrift „An Economic Interpretation of the Constitution of the United States“ zusätzlich betont, dass die Verfassung im Wesentlichen ein Werk der urbanen Geld- und Kapitaleigner gewesen sei, die sie gemäß ihren eigenen Interessen konstruiert hätten. Selbst wenn diese These, die beileibe nicht unwidersprochen blieb,<sup>10</sup> richtig wäre: Die neue Verfassung erwies sich als flexibel genug, um gegensätzlichen Einflüssen relativ früh Gewicht zu verleihen. Die ethnische Schiefelage hingegen, die die Verfassung geschaffen bzw. rechtlich abgesichert hatte, dauerte wesentlich länger an.

Gegen Beards These spricht zumindest partiell auch das Moment, dass die amerikanische Verfassung mit der Unterzeichnung durch 39 der 42 anwesenden Mitglieder – die restlichen 13 Mitglieder nahmen teilweise wegen ihrer ablehnenden Haltung nicht teil – am 17.9.1787 noch nicht in Kraft war. Sie bedurfte noch der Ratifizierung durch Staatskonvente von mindestens neun Einzelstaaten.

Der bald einsetzende Kampf um die Ratifizierung wurde auf der Seite der Verteidiger der Verfassung vor allem mit den sog. „Federalist Papers“ aus der Feder von Alexander Hamilton, James Madison und John Jay argumentativ bestritten, die bis heute die wohl interessanteste Verteidigungsschrift der ameri-

kanischen Verfassung und eine politiktheoretische Schrift ersten Ranges darstellen. Die Verfassungsgegner, die sog. Anti-Federalists, kritisierten an der Verfassung u.a. eine zu starke Machtkonzentration zugunsten des Bundes, eine zu ineffektive Gewaltenteilung sowie mangelnde Einflussmöglichkeiten des „einfachen“ Volkes und sie befürchteten – durchaus nicht zu Unrecht – eine weitere Machtausweitung des Bundes in der Folgezeit. Die Anti-Federalists verloren zwar ihren Kampf gegen die amerikanische Verfassung,<sup>11</sup> aber sie konnten einen gewichtigen Teilerfolg verbuchen: Die Ratifizierung der Verfassung wurde verknüpft mit ihrer ersten und bisher umfassendsten Ergänzung, der in den ersten zehn Verfassungsamendments zusammengefassten „Bill of Rights“. Dieser Grundrechtskatalog enthält u.a. die Garantie der Meinungs-, Presse- und Religionsfreiheit sowie eines ordentlichen Gerichtsverfahrens inkl. des Schutzes vor willkürlicher Hausdurchsuchung bzw. Verhaftung. Das Verfassungsziel eines „limited government“ wurde durch diesen Katalog nochmals eindringlich unterstrichen.

Einer Änderung dieser Verfassung haben die Verfassungsväter erhebliche Hürden entgegengestellt: Geht der Wunsch der Verfassungsänderung vom Kongress aus, so bedarf der Vorschlag zunächst der Zweidrittelmehrheit in beiden Häusern und muss dann in drei Vierteln der Einzelstaaten entweder von den Parlamenten oder von speziellen Ratifikationskonventen gebilligt werden. Ein Verfassungszusatz kann auch durch die Parlamente von zwei Dritteln der Einzelstaaten in Gang gebracht werden; in diesem Fall wird ein Verfassungskonvent einberufen, der das Verfassungsamendment ausarbeitet. Der Vorschlag bedarf dann der einfachen Mehrheit dieser Versammlung und muss anschließend wiederum in dem beschriebenen Verfahren von den Einzelstaaten ratifiziert werden. Ein Kuriosum nebenbei: Ein von James Madison initiiertes Verfassungsamendment, das Diätenerhöhungen erst nach der nächsten Wahl in Kraft treten lässt, wurde zwar vom ersten Kongress im Jahre 1789 mit der für Verfassungsänderungen notwendigen Zweidrittelmehrheit angenommen. Es verfehlte aber damals die ebenfalls notwendige Zustimmung von drei

Vierteln der Einzelstaaten und trat erst 1992 mit 203-jähriger Verzögerung in Kraft, nachdem Michigan als 38. Einzelstaat diesem 27. Amendment der US-Verfassung zugestimmt hatte.<sup>12</sup>

Der amerikanische Unabhängigkeitskrieg führte letztlich nicht zu einer Gesellschafts-, sondern zu einer „Verfassungsrevolution“.<sup>13</sup> Mit einer geschriebenen republikanisch-demokratischen Verfassung, die ein gewaltenteilendes Regierungssystem festschrieb und – auch wenn sie bezüglich der Rechte der Schwarzen erhebliche Defizite aufwies – als für die damalige Zeit fortschrittlich bezeichnet werden muss; mit der verfassungsrechtlichen Absicherung der Volkssouveränität und des Föderalismus und mit der nachträglichen Festschreibung eines Grundrechtskataloges brachte die amerikanische Unabhängigkeitsbewegung wesentliche Anstöße für die spätere Entwicklung der westlichen Demokratien, die in ihrer Bedeutung die damaligen Veränderungen der amerikanischen Gesellschaft bei Weitem übertrafen.

Oft habe er – so Benjamin Franklin am Tage der Unterzeichnung der Verfassung durch die Mitglieder der Philadelphia Convention – die Halbsonne am Stuhl des Präsidenten betrachtet, ohne zu wissen, ob sie auf- oder untergehe, aber nun schätze er sich glücklich zu wissen, dass es sich um eine aufgehende Sonne handele.<sup>14</sup> Das Problem der schwarzen Minderheit – diese partielle, aber lange andauernde „Sonnenfinsternis“ der amerikanischen Gesellschaft – dürfte zwar in diesem Bild nicht ausreichend berücksichtigt sein, aber Franklins Begründung seiner Zustimmung zur Verfassung – „Ich stimme ... dieser Verfassung zu, weil ich keine bessere erwarte und weil ich nicht sicher bin, dass es nicht die beste ist“<sup>15</sup> – findet heute eine noch stärkere Unterstützung bei den Amerikanern als am Ende des 18. und während des 19. Jahrhunderts: „In einem Punkt sind sich alle Amerikaner einig – unabhängig davon, was sie politisch trennt: in ihrer geradezu religiösen Ehrfurcht vor der Verfassung“.<sup>16</sup>

---

Mehr Informationen zu [diesem](#) und vielen weiteren Büchern aus dem Verlag C.H.Beck finden Sie unter: [www.chbeck.de](http://www.chbeck.de)